

blickpunkt

Nr. 268
April 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Die Giftwolke über Schwanheim hatte Kurs auf Mörfelden-Walldorf

Über die Unfallserie der chemischen Industrie sind die Menschen der näheren Umgebung solcher Werke stark beunruhigt. Seit dem Vorfall am Rosenmontag, bei dem ein Teil von Schwanheim mit einer gelb-bräunlichen Schicht, genannt o-Nitroanisol, überzogen wurde, sind inzwischen acht weitere Unfälle in Werksanlagen der Hoechst AG vorgekommen. Bei einem Unfall wurde ein Arbeiter getötet und sein Kollege schwer verletzt.

Die Hoechst-Verantwortlichen hüllten sich lange Zeit in Schweigen und erst nach und nach sickerte durch, wie gefährlich die ausgetretenen Stoffe wirklich sind. Sehr spät erfuhr die Bevölkerung, daß die Aufnahme des Giftes das Risiko von Erbgutveränderungen und Krebserkrankungen bedeutet.

Die Störfälle bei Hoechst geben berechtigterweise Anlaß darüber nachzudenken, wie weit die Bevölkerung auch der weiteren Umgebung solcher Werke gefährdet ist. Die Frankfurter Rundschau vom 16.03.93 schreibt: "Wäre das Substanzgemisch vor seiner Freisetzung heißer geworden, hätte eine massive Emission von Dioxinen und Furanen das Resultat sein können." Bei höherem Druck im Kessel und bei stärkerem Nordwind, wäre evtl. das hochgiftige Material auch weiter geblasen worden. Wer die Landkarte betrachtet, kann eine gerade Linie zwischen den Farbwerken Hoechst in Griesheim, dem betroffenen Gebiet in Schwan-

heim und Mörfelden-Walldorf ausmachen. Es soll hier keine Panikmache betrieben werden, aber man muß erkennen, wie nahe wir an solchen Pulverkesseln wohnen.

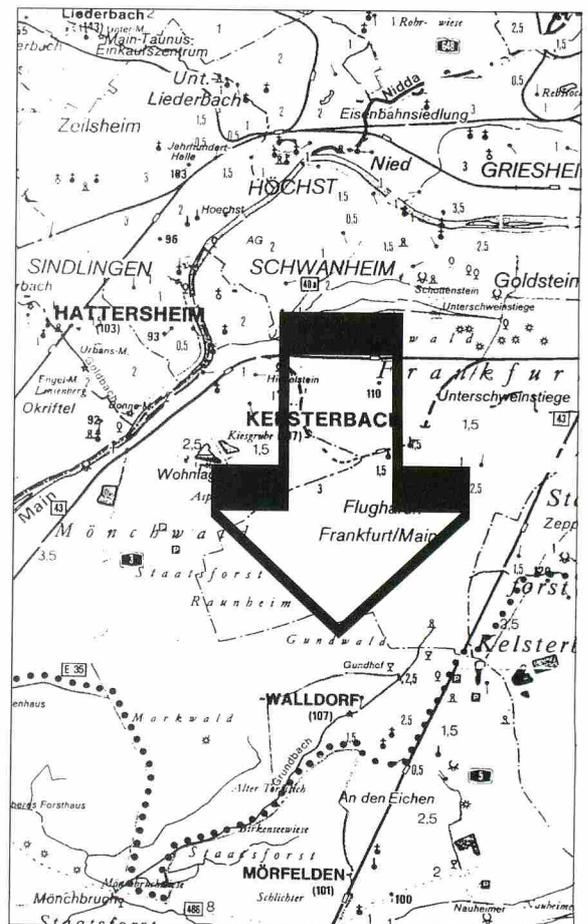
Die Windrichtung stimmte

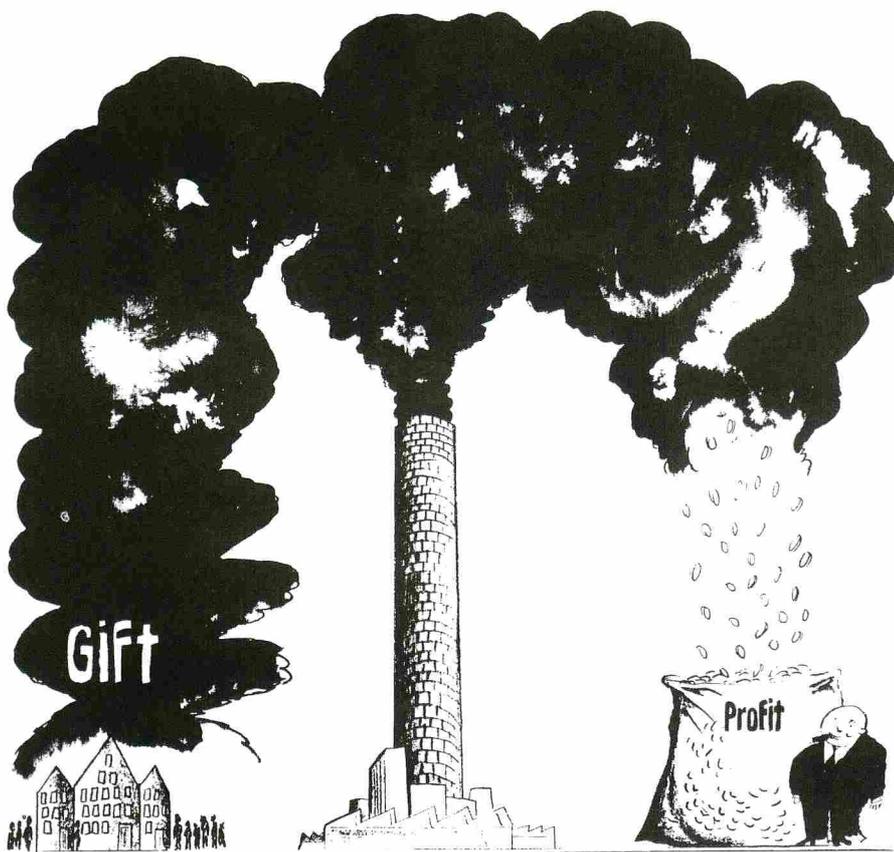
Hoechst-Griesheim ist nur einen Steinwurf weit von uns entfernt. Noch näher liegen die chemischen Anlagen der Ticona bei Kelsterbach, wo dieser Tage auch ein Unfall passierte. Die Windrichtung stimmte.

Bei etwas höherem Druck im Kessel wäre die Giftwolke bis Walldorf getrieben worden. Nachdem Walldorfer Bürger über Augen- und Hautreizungen geklagt hatten, fragte Stadtrat Heinz Hechler den Bürgermeister, ob man denn beruhigt sein könne oder ob nicht doch etwas über das sogenannte eingegrenzte Gebiet in Schwanheim hinaus gedrungen wäre. Bürgermeister Brehl meinte, er verlasse sich hierbei auf die Feststellungen und Aussagen der Behörden in Frankfurt und Wiesbaden.

Die Forderungen des Tages lauten, nicht höchste Gewinne in Hoechster Betrieben, sondern höchste Sicherheit und höchste Kontrolle auch der chemischen Industrie.

Heinz Hechler





JUGENDMUSIKSCHULE Teilnehmerzahl sinkt

Im März letzten Jahres wurden die Gebühren der Jugendmusikschule um 35 bis 80 Prozent erhöht. Als Grund nannte der Magistrat: die Übertragung der Musikschule vom Kreis auf die Stadt. In der Ablehnungsbegründung der DKP-Fraktion sagte damals Stadtverordneter Rudi Dötsch: "Geschick muß man dem Autor des Antrags auf Erhöhung der Gebühren, Stadtrat Vorndran, neidvoll zugestehen. Für die Kleinsten (ich meine die Musik. Früherziehung und Grundkurs) ist eine Steigerung um 5 DM auf 20 DM im Monat vorgesehen. Die 5 Mark mehr wird doch keinen aufregen und doch ist es eine Steigerung um 60%, weil auch der Berechnungsmodus geändert wird. Hatte man bisher 10 Monate im Jahr zu zahlen, so sind es in Zukunft 12 Monate. Das ist etwa so, als wenn jemand sagt, das Bier wird nicht teurer, nur das Glas wird verkleinert. Die stärkste Gruppe, der Einzelunterricht II, steigt von 40 auf 60 Mark im Monat und bedeutet 80% Steigerung. Und die Gewerkschaften feilschen, daß vor dem Lohnabschluß eine 5 vor dem Komma stehen soll."

Hoehchst gefährlich!

"Es lag im Werk und auf der Stroofstraße und der Mainböschung vor dem Werk. Man hat aber nicht geglaubt, daß es weit über den Main bis nach Schwanheim hinein gelangt sein könnte, und erste Überprüfungen im Morgengrauen gaben auch keinen Hinweis darauf." Was da von Hoechst-Chef Hilger beschrieben wird, geschah am 22. Februar 1993 in Frankfurt-Griesheim. 10 Tonnen "o-Nitroanisol" waren ausgetreten und gingen als gelber Film in einem ganzen Stadtteil nieder. Das Zeug sei "mindergiftig", verlautbarte aus dem Konzern. Per Radio wurde die kostenlose Reinigung von Autos bis hin zur Neulackierung angeboten. Daß es krebserregend ist, wurde verschwiegen. Erst Tage später ließ der chemische Riese seinen 200-Mann-Sanieerungstrupp im weißen Plastikwams auf Asphalt, Kleingärten und Rasenflächen sowie Mainböschung los. Es blieb nicht bei diesem Fall vom Rosenmontag. Bis zum 15. März folgten sieben weitere schwerwiegende "Störfälle" in Hoechst-Betrieben. Am 16.3. erscheint in der Frankfurter Rundschau ein Gastbeitrag Prof. Hilgers unter dem Titel "Alles was passieren kann, wird irgendwann einmal passieren". Für die Bevölkerung hat natürlich bei alledem keine akute Gefahr bestanden, wie von "kompetenter" Seite jeweils eilends versichert wird. Merk-

würdig ist allerdings eine solche Anhäufung von "Störfällen". Da könnte ein voreingenommener Betrachter glatt auf den Gedanken kommen, daß die "Störfälle" in Wirklichkeit "Normalfälle" sind. Die Ursachen solcher Vergiftungsaktionen großen Stils wechseln in den Äußerungen der "Experten" zwischen "völlig unerklärlich" und dem beliebten "menschlichen Versagen", wobei letzteres, philosophisch betrachtet, immer vorliegt.

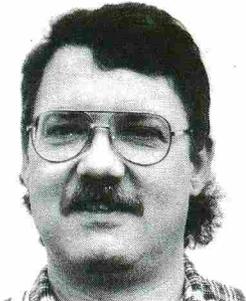
Hier sei ein Versuch gemacht, die Hintergründe anders zu beleuchten: Ein Konzern hat das Ziel, aus Geld mehr Geld zu machen. Das ist das oberste, unumstößliche Gesetz des Kapitalismus. Sicherheit - für Maschinen, Produkte, Rohstoffe, Manager, Arbeiter - ist nur insoweit sinnvoll, als sie zum Erreichen dieses Zieles beiträgt. Die Sicherheit der Außenwelt ist insoweit zu berücksichtigen, als sich dort die Käufer aufhalten, welche die Produkte wieder zu Geld machen. Gebiete mit hoher Käuferdichte verlangen nach höherer Sicherheit. So gesehen ist eine Giftwolke über Frankfurt unzweckmäßiger als eine solche z.B. über Bangladesch. Wie sagte doch Hoechst-Chef Hilger am 23.3., die Rücksicht auf Nachbarschaft betreffend, so schön: "Das gehört mit zu dem, was man zu bedenken hat."

Wir stimmen dieser Gebührenerhöhung aber auch deshalb nicht zu, weil wir befürchten, daß die Teilnehmerzahl der Musikschule zurückgeht. Denn zu den Gebühren (für den Einzelunterricht II) 720,- DM im Jahr kommt in den meisten Fällen noch ein Instrument".

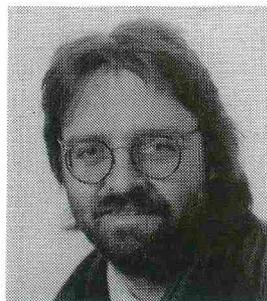
Unsere Befürchtung wurde übertroffen. Lag die Teilnehmerzahl am 1. 10. 1991 bei 623, so waren es am 1. 1. 1993 noch 483; also ein Sinken um gut 22 Prozent. Wir waren so neugierig und fragten, ob die steigenden Gebühren an dem nachlassenden Interesse schuld seien. Dazu wurde uns mitgeteilt: "Der Schülerrückgang ist aufgrund der Kenntnis der Musikschulleitung und der Verwaltung nicht auf die höheren Gebühren zurückzuführen, sondern u. E. damit verbunden, daß auf die Kinder vielfältige Anforderungen aus Schule, Verein und sonstige Aktivitäten zukommen und damit die Musikschule im Wettbewerb steht." Für uns war eine derartige Antwort der Leitung des Sport- und Kulturamtes nicht verwunderlich. Man wird doch nach echt deutscher Beamtenmentalität nicht anderes verlautbaren, als es der Vorgesetzte signalisiert. Sprichwort: "Wes Brot ich ess', des Lied ich sing." RD

Ihre Ansprechpartner:

**DKP / Offene Liste
im Stadtparlament und im Magistrat**



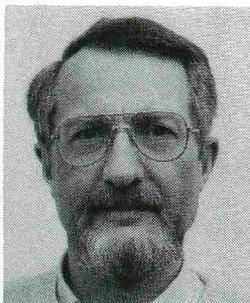
Gerd Schulmeyer
Lagerarbeiter
Wolfgartenstraße 2



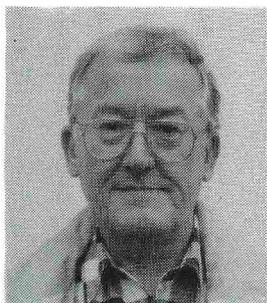
Herbert J. Oswald
Spediteur, parteilos
Waldstraße 101



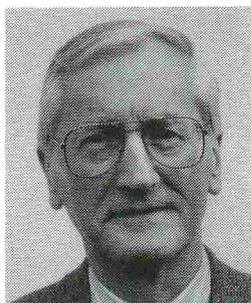
Helga Fritz
Betriebswirtin, parteilos
Friedensstraße 9



Rudolf Dötsch
Maschinensetzer
Schumannstraße 3



Rudi Hechler
Schriftsetzer
Hochstraße 22



Heinz Hechler
Techniker
van Dyck-Straße 48

Linke Opposition bleibt notwendig

1394 Bürgerinnen und Bürger haben sich bei der Kommunalwahl in Mörfelden-Walldorf dieser Meinung angeschlossen und ihre Stimme der DKP/Offene Liste gegeben.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern und nehmen dieses Wahlergebnis als Auftrag, entsprechend unserer Hauptaussage im Wahlkampf die Arbeit als linke Opposition im Parlament und außerparlamentarisch fortzusetzen.

Wir danken allen, die uns als Mitglied der DKP oder als Parteilose im Wahlkampf unterstützt haben, was in der heutigen Zeit manchem sicher nicht leichtgefallen ist.

Wir sehen im Wahlergebnis der Rechtsparteien eine große Herausforderung für

alle demokratischen Kräfte in unserer Stadt und sind dafür, alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um rechten Positionen entgegenzutreten.

Dabei bitten wir alle unsere Wählerinnen und Wähler um Unterstützung und Mitarbeit, z. B. bei der Erarbeitung parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen, der Herstellung und Verteilung der Stadtzeitung der DKP "blickpunkt", durch Hinweise auf Mißstände in unserer Stadt oder auch durch Spenden zur Finanzierung unserer weiteren Arbeit.

Damit die linke Opposition lebendig bleibt.

DKP/Offene Liste
DKP Mörfelden-Walldorf

Kto-Nr. 9003419. Kreissparkasse Groß-Gerau, BLZ 50852553

Berechtigte Klagen

Sie sind froh die älteren Frauen, daß der Winter jetzt vorbei ist und sie wieder ihre gewohnten Sonntagsspaziergänge unternehmen können. Allzu große strapaziöse Wanderungen können sich viele nicht mehr vornehmen. Schon ein Spaziergang bis zum Naturfreundehaus übersteigt oft die Kräfte. Auch das Treffen mit anderen Gleichaltrigen und Gleichbetroffenen und etwas Geselligkeit soll ja nicht fehlen. So ist man froh, wenn man sich nach einem Spaziergang in einem Lokal zu einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen, Sonntags nachmittags niederlassen kann.

Aber was sind das für Verhältnisse in Mörfelden? Da ist ein Café im Steinweg (Sonntags geschlossen), "Goldner Apfel" (von 14 Uhr bis 17.30 Uhr geschlossen), Bürgerhaus (von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr geschlossen), Café in der Opelstraße (geschlossen), Anglerheim im Oberwald (zur Zeit geschlossen). Das Naturfreundehaus im Oberwald, sehr schön gelegen, aber für viele doch etwas zu weit. Ein Mangel in unserer Stadt den auch die Verantwortlichen im Rathaus nicht ganz unbesehen lassen sollten. Ist der "Goldene Apfel" nicht in städtischem Besitz, auf den man Einfluß hat? Wie heißt es vor Kommunalwahlen öfter: "Der Wohnwert unserer Stadt muß erhalten und verbessert werden." HH

Wahlversprechen und was daraus wird

"Unsere Eltern wissen, wer für Kindergartenplätze sorgt", hieß es sinngemäß auf einem SPD-Plakat vor der Kommunalwahl.

"Nicht alle Vierjährigen kommen 1993 in Kitas unter", teilte Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidat Brehl nach der Wahl der Presse mit.

Wir werden den Bürgermeister und die SPD in den nächsten vier Jahren an ihre Wahlwerbung erinnern.

Im Parlament und außerparlamentarisch. Das sei auch allen Betroffenen geraten.

Unser Ziel bleibt: Kindergartenplätze müssen für alle Dreijährigen vorhanden sein. GS

Bauhelme statt Blauhelme

Seit der Ost-West-Entspannung überzieht eine Welle von regionalen Kriegen die Welt. Kaum vereint, stehen wir Deutschen vor der Frage, welche Verantwortung wir künftig wahrzunehmen haben, um im Rahmen der internationalen Gemeinschaft den Frieden zu fördern. Derzeit bewegen uns Ohnmachtsgefühl, Entsetzen und Wut über die unfabbaren Kriegsgreuel mitten in Europa. Dennoch ist geboten, in Besonnenheit sorgfältig abzuwägen, wo nichtmilitärische oder militärische Mittel gegen ausgebrochene

oder drohende kriegerische Gewalt tauglich oder untauglich erscheinen und welche Konsequenzen sich daraus für uns Deutsche ergeben. Mittlerweile fordern auch Sozialdemokraten und Grüne die deutsche Beteiligung an einem Militärschlag in Jugoslawien. Die Folge wäre: schon bald würden auf dem Rhein-Main-Flughafen die Zinksärge mit der Bundesflagge ankommen. Daran wird noch wenig gedacht.

Außerdem ist es eine Illusion, daß ein Angriff auf militärische Stellungen und

Knotenpunkte oder gar Vergeltungsbombardements die Leiden der Menschen dort schnell beenden könnten. Vielmehr besteht die Gefahr, vor der auch der Generalsekretär der UNO Butros Ghali, warnt, daß solche militärischen Interventionen den Krieg noch ausweiten und viele zusätzliche Opfer fordern würden. Nun sagen viele, man darf doch nicht tatenlos zusehen.

Das ist richtig. Nur, statt Waffen nach Bosnien zu liefern, wie jetzt von unserer Regierung erwogen, sollten wir unsere Grenzen öffnen, um den Insassen von Internierungs- und Gefangenenlagern sowie den Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Erweiterte humanitäre Hilfe und verstärkte Unterstützung von Antikriegsgruppen in der Region sind unerlässlich. Zur Ausstattung der UNO für ihre entscheidende Vermittlungsarbeit ist beizutragen.

Umfunktioniert

Begonnen hatte alles mit einer Ausstellung über kroatische Hinterglasmalerei im Rahmen des städtischen Kulturprogramms in der Stadthalle Walldorf. Es endete mit einer äußerst fragwürdigen Parteinahme für eine der Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien.

Als Brehl in der Runde mit kroatischen Spitzenpolitikern laut "Frankfurter Rundschau" fragte: Wollt ihr Waffen?, "erscholl ein lautes Ja in der Runde". Und ein anwesender "Jakob Graf zu Eltz und Vukovar" bedauerte, daß die "internationale Gemeinschaft" bisher noch nicht militärisch eingegriffen habe.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten Haselbach (CDU) und May (SPD) seien gar nicht weit auseinander gewesen, so die FR. Haselbach "schämt sich für Europa" und will Eingreifen - May verurteilte die "begnadete Geduld" der EG und UNO.

Wenn man sehr gutwillig ist, könnte man sagen, die anwesenden Kommunal- und Landespolitiker wurden von den anwesenden kroatischen Politikern ausgenutzt, besser gesagt: benutzt.

Daß im ehemaligen Jugoslawien ein furchtbarer Krieg stattfindet, daß dabei alle Beteiligten Verbrechen begehen, daß darunter Frauen und

Kinder zu leiden haben - wer würde es nicht beklagen. Aber wer eigentlich weist darauf hin, daß der ehemalige Außenminister Genscher mit einer vorzeitigen Anerkennung der Teilrepubliken zur Eskalation beigetragen hat.

Wer protestiert gegen die Waffenlieferungen auch aus Deutschland an die Kriegsparteien? Schließlich schießen dort auch Leopard-Panzer und Messerschmitt-Haubitzen. Vergessen wir nie: Wer Waffen in die Welt sät, wird Flüchtlinge ernten.

Noch steht die Bundeswehr vor den geplanten weltweiten Einsätzen Gewehr bei Fuß. Aber schon morgen können die ersten Särge mit der Bundesflagge auf unseren Flughäfen ankommen.

Es ist zu hoffen, daß wenigstens einige der in der Walldorfer Stadthalle anwesenden Kommunalpolitiker gemerkt haben, daß sie mißbraucht wurden. Vor allem von Sozialdemokraten sollte man erwarten, daß sie sich klar und deutlich gegen den Einsatz deutscher Truppen in Kriegsgebieten aussprechen. Ein Militärschlag von außen würde alles nur noch schlimmer machen.

(Kleiner Nachsatz: Der Herr Graf zu Eltz und Vukovar erhielt mittlerweile von Herrn Stadtrat Vorndran einen Scheck über 20.404 DM. Das Geld würde für humanitäre Zwecke verwendet, sagt der Graf. Hoffentlich! Kontrollieren kann's keiner.)

Die tägliche Kriegshetze beenden

Sinnvoll ist auch der Vorschlag, die Kriegshetze über die Medien mit den verfügbaren technischen Mitteln soweit als möglich zu behindern. Viele weitere Schritte - man denke nur an eine sinnvolle Durchsetzung des Embargos - sind diesseits von Militärinterventionen möglich. Förderung verdient schließlich der Plan, in einem Weltgerichtshof die Hauptverantwortlichen für die Völkermord-Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Manche sagen: Wenn wir doch wenigstens deutsche Blauhelme nach Bosnien schicken würden, dann könnten die UN dort wirksamer arbeiten!

Auch das ist das falsche Mittel. Da deutsche Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid über die Balkan-Völker gebracht haben, sind sich fast alle einig: Deutsche Soldaten haben dort weder als Blauhelme noch als Interventionstruppen etwas zu suchen. Der humanitären Hilfe der UN ist darüber hinaus nicht mit zusätzlichen deutschen Blauhelmen gedient. Ihr fehlt es vor allem an der notwendigen Finanzierung,

um ihre Möglichkeiten auszuschöpfen. Mit den bisher ausstehenden Beiträgen und einer wünschenswerten zusätzlichen finanziellen Unterstützung könnte sie wesentlich mehr leisten.

Waffenhandel bekämpfen

Außerdem, als erstes müssen wir uns mehr anstrengen, um im eigenen Land Haß und Gewalt und konfliktschaffende soziale Ungerechtigkeiten abzubauen. Sodann müssen wir, vorab durch eigenes Beispiel, entschlossen gegen den kriegsfördernden internationalen Waffenhandel angehen. Mit deutscher Rüstungshilfe konnte Saddam Hussein weittragende Scud-Raketen gegen Israel abfeuern. Deutsche Firmen haben sein Atomprogramm gefördert und Libyens Gaddafi fast zu einer Chemiewaffen-Fabrik verholfen. In Dutzenden von politisch unsi-

cheren Regionen droht der Ausbruch neuer Kriege mit Waffen aus Lieferländern, die dann in der UNO Sanktionen gegen ihre Abnehmer beschließen.

Was selbst konventionelle Kriege heute anrichten, sehen wir am Golf-Krieg. Dieser Konflikt hat unmittelbar und mittelbar Hunderttausende von Irakern, allein Massen von Kleinkindern durch den Zusammenbruch der Wasser- und der medizinischen Versorgung, getötet. Der Krieg hat die Lage der Kurden dramatisch verschlimmert, für Israel den Frieden nicht näher gebracht und das Regime Saddam Husseins, des erklärten eigentlichen Kriegsfeindes, eher gefestigt.

Wir leben in einer Zeit fundamentaler Weichenstellung. Das Drängen nach deutscher Beteiligung an Kriegsaktionen (die irreführend als "Frieden schaffend" oder gar als "Nothilfe" umgetauft werden) verrät den Wunsch, unsere erweiterte internationale Verantwortung vorrangig militärisch zu definieren, an-

statt die gewaltigen internationalen Aufgaben der Überwindung der Armut, des Umweltschutzes und der nichtmilitärischen Krisenbewältigung voranzustellen. Die deutschen Soldaten sind belehrt, das eigene Land oder dasjenige eines NATO-Partners gegen Angriffe zu verteidigen. Sollen sie sich aber an Krieg in Kambodscha, Afghanistan, Kirgistan, Aserbaidschan, Berg-Karabach, Sri Lanka, Angola, Mosambik oder Birma beteiligen, wo überall katastrophale Bedingungen wie in Somalia teils heute schon vorliegen, teils morgen vorliegen können?

Vernünftige militärische Zurückhaltung bedeutet für uns weder eine Buß- oder Reueposition noch pazifistischen Fundamentalismus, sondern die logische Konsequenz aus unserer Erinnerung und aus der Einsicht, daß nicht eines der großen Überlebensprobleme, die von der Weltgemeinschaft den konzentrierten Einsatz aller Energien fordern, militärisch gelöst werden kann.

Wir fordern weiterhin Abrüstung statt Bundeswehr in alle Welt!

Minensucher ins östliche Mittelmeer (Winter 91), Heeresflieger in den Irak (Herbst 91), Sanitäter nach Kambodscha (Frühjahr 92), Zerstörer und Marineflugzeuge in die Adria (Sommer 92) - seit dem Beitritt der DDR-Länder zur Bundesrepublik sinken die Hemmschwellen deutscher Außenpolitik. Freilich ist eine Grundgesetzänderung nicht zustande gekommen; die Bevölkerung steht dem weltweiten Säbelrasseln skeptisch gegenüber. Mit einem Bundeswehreininsatz in Somalia möchten die Minister Kinkel und Rühle deshalb 1993 vollendete Tatsachen schaffen. Die Schreckensbilder aus dem Balkan und vom Horn von Afrika sollen für Zustimmung sorgen. Stets ist von "humanitären Einsätzen" die Rede, von deutscher "Weltpolitischer Verantwortung"...

Schon sind fast 1000 Bundeswehrsoldaten in aller Welt stationiert; es ist nur eine Zeitfrage, wann sie in Kriege verwickelt werden und man die ersten Toten in die Heimat bringt! Mit dem ursprünglichen Auftrag der Bundeswehr, der Verteidigung unseres Landes, hat all das nichts zu tun. Deutschland lebt mit allen Nach-

barn in Frieden. "Weltpolitische Verantwortung?" Jene "Kampfeinsätze der Vereinten Nationen", an denen sich nach dem Willen vieler bald Bundeswehrsoldaten beteiligen sollen, hat es seit Gründung der UN 1945 noch nie gegeben. Der UNO-Blauhelm-Einsatz auf dem Balkan zeigt klar die Grenzen eines solchen Engagements. Und auch der internationale Krieg gegen den Irak vor 2 Jahren hat die Probleme der Region nicht gelöst, sondern verschlimmert.

Zu Friedenspolitik und Abrüstung gibt es auch heute keine Alternative. Militärisches "Durchgreifen" hat noch nie dauerhaften Frieden gestiftet. Deutsche Ver-

antwortung für die Welt wäre am besten mit einem Verbot aller Waffenexporte zu demonstrieren. Wir wehren uns mit Nachdruck dagegen, unter dem Deckmantel humanitärer Einsätze "schnelle Eingreiftruppen" auch bei der Bundeswehr zu bilden. Diese Truppen werden letzten Endes nur dazu dienen, die Interessen der reichen Industrienationen des Nordens auch auf der verelendeten Südhälfte durchzusetzen - notfalls mit Gewalt. Diesen Plänen erteilen wie eine klare Absage.

Mit uns und unseren Söhnen nicht!

(Dieser Aufruf wurde bis zum 16.2.93 von über tausend Personen unterstützt. Weitere Unterschriften (mit mind. 20 DM für Veröffentlichung) an: Dr. T. Bastian, Am Reuteweg 3, W-7972 Isny.)





Über Kurt Oeser und andere

Pfarrer Kurt Oeser wurde von der EKHN mit einer Feier in den Ruhestand verabschiedet.

Für die DKP sagte Rudi Hechler u.a.:

"Verabschiedung in den Ruhestand", heißt das heute offiziell - ich hoffe, es gibt keinen Ruhestand. Diese Zeit verlangt Unruhe.

*Bei Bertolt Brecht fand ich die Zeilen:
"Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren
kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele
Jahre. Aber
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese
Sind unentbehrlich!"*

... und Kurt Oeser kämpft ja schon eine Weile. In meinen Fotokisten fand ich ihn schlank, mit vollem schwarzen Haupthaar beim Ostermarsch in den 60er Jahren, oder bei einer Demo im Mai 1970 - gegen den Versuch, eine Shell-Raffinerie mitten in ein Erholungsgebiet am Rhein zu setzen.

Ich kann mich auch erinnern an seine Diskussionen mit dem Kommunisten und legendären DGB-Ortskartellvorsitzenden Adam Denger. Adam wollte eine ordentlich besuchte Maikundgebung. "Gut da verlegen wir den Gottesdienst", sagte Oeser. Das waren neue Töne in Mörfelden.

Immerhin, die Geschichte des Dorfes kennt andere Geschichten und andere Pfarrer. Einer schrieb 1914: "es kann ja nicht schaden, wenn hier einmal ein nationales Gegengewicht geschaffen wird, gegen so manches arge demokratische böse Tun und Treiben."

Dieser Mann, Becker hieß er, konnte sich nicht so lange halten wie Oeser. Als er wegzog, so die Chronik, flogen Steine seinem Möbelwagen nach. Er aber rief: "Verflucht seist du Mörfelden, wie Sodom und Gomorrha!"

Das waren noch Zeiten.

Daß Mörfelden in den zwanziger Jahren zu einem "Freidenker und Kommunistendorf" wurde, hing ja auch mit solchen Pfarrern zusammen. Das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu einer Kirche, die Waffen segnete und die Armen auf ein besseres Jenseits verwies, war gespannt.

Unser Maurerdorf war ein armes Dorf - aber hier lebten auch gut organisierte, erfahrene Bauarbeiter. Sie bauten sich ihr Volkshaus.

1929 schreibt da Pfarrer Irle in die Kirchenchronik:

"Der Ruhm der Kirchengemeinde, ein Gemeindehaus zu besitzen, ließ natürlich den Gegner nicht schlafen. Schon 1928 haben sie mit dem Volkshaus begonnen. An der Kirchweih wurde dann der Bau richtig unter Alkohol gesetzt und des Lasters und der Sauferei war kein Ende ..."

1935 bekam die Kirche eine neue Glocke mit der Inschrift: "Bete und arbeite".

Der damalige Pfarrer Schwarz schreibt in die Chronik: "Inschrift besonders passend für Mörfelden. Das Arbeiten geschieht in Unmenge, aber das Beten ist schlecht bestellt. In Mörfelden betet man nur, wenn es arg donnert."

Was haben die Geschichten mit Kurt Oeser zu tun?

Kurt Oeser hat mit seinem Wirken in Mörfelden mit dazu beigetragen, daß es solche Geschichten nicht mehr gibt.

Lieber Kurt, wir kennen uns jetzt schon lange, sind viele Jahre miteinander gelaufen, mal hintereinander, mal nebeneinander - nie weit auseinander. Wir haben demonstriert gegen den Vietnamkrieg und gegen Pinochet, wir waren auf großen Friedensdemonstrationen, sind gemeinsam durch das Tränengas im Startbahnwald geirrt.

Wenn man vom Tagesgeplänkel absieht, gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen aktiven Christen, Sozialdemokraten, Grünen, Kommunisten und den vielen engagierten Parteilosen. Das festzustellen

scheint mir wichtig, in einer Zeit, in der uns "Tagesschau"-Berichte oft resignierend stumm machen, obwohl ein Aufschrei notwendig wäre.

Bei all den Veränderungen der letzten Jahre, hat sich nichts verändert. Ungebremst gebärdet sich ein System als Sieger. Globale Probleme wachsen immer schneller. Überall Hunger, Kriege, geifernder Nationalismus, ökologische Katastrophen. Bei uns Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut, Sozialabbau, Neonazismus, Ausländerhaß, Demontage des Grundgesetzes.

Wir hatten Tschernobyl und haben die Farbwerke Hoechst und der Flughafen wuchert weiter.

"Sozialismus oder Barbarei" meinte mal Rosa Luxemburg. Man darf weiter drüber nachdenken.

Natürlich müssen viele, wir gehören dazu, umdenken und neudenken - vor allem aber müssen wir, die genannten Probleme vor Augen, weiter denken und weiter eingreifen.

"Ruhestand" für Kurt Oeser?

Als geflohener Jakobiner schrieb Hölderlin: "So viel Anfang war noch nie!"

Bertolt Brecht

KINDERHYMNE

*Anmut sparet nicht noch Mühe,
Leidenschaft nicht noch Verstand.
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.*

*Daß die Völker nicht erleichen
Wie vor einer Räuberin,
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.*

*Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen,
Von der Oder bis zum Rhein.*

*Und weil wir dies Land
verbessern,
Lieben und beschirmen wir´s.
Und das liebste mag´s uns
scheinen,
So wie andern Völkern ihrs.*



Mörfelder Handwerker im Polizeigriff abgeführt

Es schreit schon zum Himmel, was sich einzelne Polizeibeamte, aber auch Mitglieder der städtischen Hilfspolizei erlauben und man muß sich oft fragen, überschreiten sie nicht manchmal bei harmlosen Angelegenheiten ihre Kompetenz. Wie es einem Mörfelder Schreinermeister ergangen ist - das könnte wahrlich jedem von uns passieren.

Er hatte in der Mörfelder Bahnhofstraße zu tun und stellte mit Erlaubnis der Polizei seinen LKW vor dem betreffenden Haus ab. Dieses jedoch gefällt dem Fahrer eines großen Lastwagens mit Anhänger, der nebenan abzuladen hatte, gar nicht. Er beleidigte den Schreinermeister, worauf dieser auf stur schaltete. Um bequem abladen zu können, klemmte er das Fahrzeug des Handwerkers zuerst ein und stellte sich später auch noch so schräg in die Bahnhofstraße, daß der Verkehr total blockiert war. Nun erschienen die Ordnungskräfte (ein Polizist des gegenüber liegenden Reviers und ein Hilfspolizist unserer Stadt). Sie verlangten den Namen des örtlich bekannten Meisters. Dieser, noch entsetzt über das rüpelhafte Verhalten des LKW-Fahrers, meinte, der Name stünde auf seinem Wagen. Ob die Polizei auch den anderen Fahrer nach seinem Namen fragte, ist nicht bekannt. Jedenfalls packten die Polizisten den Handwerker und führten ihn im Polizeigriff, zum Erstaunen der Bürger auf der Bahnhofstraße, ab.

Beim Betrachten dieses Vorfalles wirft sich die Frage auf, ob es wirklich dazu kommen mußte und ob die Polizisten nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen haben.

Auch ist der Zustand in der Bahnhofstraße so nicht länger haltbar und die Polizei muß sich fragen lassen, ob sie jeden gleich behandelt. Wie bekannt steht die Firma Schlecker mit großem LKW mit Anhänger jeden Montag eineinhalb Stunden in dieser Straße und zudem noch vor der Ausfahrt des benachbarten Schuhgeschäftes. Hier muß eine Änderung erfolgen.

HH

»Wir wissen, was wir tun«

Vor der Kommunalwahl überklebten die Spitzenkandidaten der DKP/Offene Liste Wahltafeln der REP's und schrieben darauf »Keine Stimme den neuen Nazis!«

Gleichzeitig wurde ein Flugblatt mit nachfolgendem Text verteilt:

»Wir wissen, was wir tun. Wir wissen, daß Gerichtsverhandlungen und Strafen folgen können. Trotzdem überkleben wir hier REP-Plakate. Warum?

Jeden Tag gibt es Gewalttaten von rechts. KZ-Gedenkstätten werden verwüstet. Offen und hinter der vorgehaltenen Hand gibt es Sympathie für Gewalttäter.

Wir sagen: 1933 darf sich 1993 nicht wiederholen!

Aber wir sehen auch: der Boden ist vorbereitet.

Viele Politiker reden von "Scheinasylanten".

Bei der Polizei, bei der Bundeswehr gibt es Neonazis.

Die Ultra-Rechten treten bei Wahlen an als REP, NPD, DVU, FWF und in anderen Formationen. Hier sind die Sammelbecken für alte und neue Nazis.

Viele Menschen, vor allem Jugendliche, wurden auch in unsere Stadt aktiv gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Aber immer noch hört man »Ausländer raus!«, immer noch wählen Leute die rechten Rattenfänger.

In dieser Situation muß man sich bekennen. Vor allem die, die sich erinnern können, was gestern geschah, sollten jetzt Zivilcourage zeigen.

Der deutsche Faschismus hat die Welt mit Krieg überzogen. 50 Millionen Men-

schen wurden getötet. 35 Millionen kamen verkrüppelt aus den Schlachten.

Allein im Stadtteil Mörfelden gab es bei damals 5487 Einwohnern 270 Gefallene - in Walldorf gibt es ähnliche Zahlen. Hinter nüchternen Zahlen verbirgt sich namenloses Leid von Müttern, denen der Sohn fiel, von jungen Frauen, die den Vater ihrer Kinder verloren.

In den faschistischen Vernichtungslagern wurden 8 Millionen Menschen umgebracht. Die jüdischen Familien in Mörfelden und Walldorf, die sich vorher nicht durch Flucht retten konnten, wurden im März 1942 abgeholt, deportiert, ermordet. Aus Mörfelden und Walldorf saßen über hundert Personen, meist Mitglieder der KPD, in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Bei Bombenangriffen wurden allein in Deutschland 3,6 Millionen Wohnungen zerstört. Millionen Menschen verloren ihre Heimat. In Deutschland und überall in Europa herrschten über Jahre Hunger und Not. Heute marschieren wieder neue Nazis. Rechtsradikale Parteien können ungestört zur Wahl für die verschiedensten Parlamente kandidieren. Soll denn schon alles vergessen sein?

Wir meinen, man muß sich entschieden wehren und unterstützen alle Aktionen gegen die neuen Nazis!

Dazu gehört auch die Behinderung eines Wahlkampfes, der Fremdenhaß und Rassismus propagiert.«

Rudi Hechler, Herbert J. Oswald, Rudolf Dötsch, Helga Fritz, Gerd Schulmeyer, Heinz Hechler

Stadtgeschichten



Das waren noch Zeiten, als sonntags nahezu sämtliche Vereinsmitglieder mit Anhang ihre Fußballmannschaft in die Nachbarorte begleiteten. Konrad Wilker, (in Walldorf "Rädels Konrad" genannt), der rechts auf dem Boden sitzende kleine Junge, heute in Mörfelden wohnend und damals schon fußballbegeistert, erzählte: "Das Bild entstand etwa im Jahre 1925, anlässlich eines Auswärtsspieler der 1. Fußballmannschaft des 'Arbeiter-Turn- und Sportvereins' (Freie Turner) in Königstädten. Es war ein Abschiedsspiel von Georg Jourdan, der nach Amerika auswanderte". Seine Freunde und die Anhänger der Mannschaft kamen mit dem Fahrrad. Konrad Wilker kennt fast alle die sich zur Erinnerung für das Foto zusammengefunden hatten. Unter anderen nannte er Jakob Gumbart (in der dritten Reihe halbrechts, mit Schillerkragen). Links hinter ihm steht der Auswanderer Georg Jourdan. In der Mitte der hinteren Reihe, mit einem Teller in der Hand, Philipp Cezanne (in Walldorf als "Sanne Philipp" bekannt), der langjährige Fußballer und Tormann bei den "Freien Turnern". Eingekehrt zum Mittagessen oder zu einem Glas Bier, waren die Walldorfer in der Gaststätte und Metzgerei Schmid in Königstädten.

MUSTERBRIEF

An das zuständige Arbeitsamt
Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit teile ich Ihnen mit, daß
ich ab sofort die Stelle einer Putz-
frau zu besetzen habe und bitte,
mir geeignete Bewerberinnen für
ein Vorstellungsgespräch zu nen-
nen.

Gleichzeitig beantrage ich einen
Zuschuß in Höhe von 70 % des
Lohnes entsprechend des Arbeits-
förderungsgesetzes (Krause-Mo-
dell). In Erwartung Ihrer baldi-
gen Antwort verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

TERMINE

FRAUENTREFF, LANGGASSE 45

**Donnerstag, 29.4., 20.00 Uhr "Karrie-
refrau - das typische Bild der gleichbe-
rechtigten Frau in unserer Gesell-
schaft"? Diskussionsrunde mit Elge
Wörner, IGM.**

Lassen wir uns verblenden von den Bil-
dern der gleichberechtigten Frau, die uns
fast täglich durch Medien vermittelt wer-
den? Die steile Karriere der Chefsekretä-
rin, die dynamische Unternehmerin, die
junge Ingenieurin. Verfolgt man Teile
der Medien, so entsteht schnell der Ein-
druck, daß die Gleichberechtigung ver-
wirklicht ist. Karrierefrauen - stellen sie
die Mehrheit der Frauen in unserer Ge-
sellschaft dar?

**Freitag, 30.4., 20.00 Uhr
(Walpurgisnacht).**

Wir laden ein zum
Hexenumtrunk in den
Frauentreff.



**Immer dran
denken:
Jede Spende hilft
dem
»blickpunkt«!**